



Foto: BN

## **Forderungspapier des Agrarbündnis Bayern zur Landtagswahl 2023**

**Ein breites Bündnis aus Bauern-, Imker-, Umwelt-, Tierschutzverbänden und Verbraucherschafft fordert das Ende einer Agrarpolitik des Wachens oder Weichens und den Umbau zu einer klimafreundlichen, solidarischen, ökologischeren und tiergerechten Landwirtschaft.**

**Für die nächste Regierungsperiode in Bayern fordert das Bündnis von der zukünftigen Staatsregierung, sich auf allen Ebenen für eine Agrarpolitik einzusetzen, die den Interessen und Notwendigkeiten der Bäuerinnen und Bauern, der von ihnen gehaltenen Tiere und den Umwelt-, Natur- und Klimaschutzziele gerecht wird.**

**Mit einem verstärkten Maßnahmenpaket muss der Ausbau des Ökologischen Landbaus auf 30 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche bis 2030 vorangebracht werden. Weitere Forderungen des Agrarbündnis Bayern sind die Sicherung eines gentechnikanbaufreien Bayerns sowie messbare und bilanzierbare Fortschritte beim Umbau der Tierhaltung und der Reduktion der chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft.**

**Bäuerinnen und Bauern muss im Milchbereich mittels einer Branchenorganisation in der Verantwortung der Erzeugerinnen und Erzeuger endlich die Möglichkeit eingeräumt werden, die Produktionsmengen dem Bedarf anzupassen, um kostendeckende Erzeugerpreise realisieren und drohende Betriebsaufgaben vermeiden zu können. Die Kartellrechtsfreistellung des Art. 210a GMO für Absprachen bezüglich Nachhaltigkeitsstandards, die über den gesetzlichen Standard hinausgehen, ist ausdrücklich zu begrüßen.**

## Die Forderungen im Einzelnen:

### Höfesterben beenden – Schluss mit Wachsen oder Weichen:



Foto: Dr. Eberhard Pfeuffer, LBV Bildarchiv

Die bayerische Kulturlandschaft und bäuerlichen Agrarstrukturen gehören zusammen. Nach wie vor schließen jedoch jedes Jahr mehr als tausend Betriebe in Bayern ihre Hoftore. Das darf die Regierung nicht länger zulassen. Erzeugerpreise müssen endlich kostendeckend werden, damit bäuerlich wirtschaftende Höfe wirtschaftliche Perspektiven haben. Dazu muss die gemeinsame Marktordnung auf EU-Ebene so verändert werden, dass Marktkrisen verhindert und die Marktstellung der Landwirtschaft gegenüber ihren Abnehmern deutlich verbessert wird. Die bayerische Staatsregierung muss hierzu eine Bundesratsinitiative starten.

Die Agrarsubventionen müssen zielgerichtet an ökologischen und sozialen Kriterien ausgerichtet werden. Das Bündnis sieht den Aufbau nachhaltiger, regionaler Wertschöpfungsketten als wichtige Marktchance. Um diese zu sichern und neu aufzubauen, braucht es verbesserte staatliche Investitionsförderungen, angelehnt an die Förderung der Ökomodellregionen. Dabei sind lange Lieferketten (Importe) zu vermeiden. Das in der bayerischen Verfassung (siehe Art. 151) verankerte Gemeinwohlprinzip muss konsequent umgesetzt werden und durch entsprechende staatliche Rahmenseetzungen auf allen Ebenen unterstützt werden.

Auf der Bundes- und EU-Ebene sollte sich Bayern für einen geeigneten Schutz nachhaltiger, regionaler Lieferketten in Bayern, wie auch im Globalen Süden einsetzen.



## Bayern muss gentechnikanbaufrei bleiben:



Kollage Harald Ulmer

Die Bayerische Staatsregierung muss ihre Position bekräftigen, dass Bayerns Landwirtschaftsfläche gentechnikanbaufrei bleiben muss. Der Einsatz von so genannten „Neuen Gentechniken“ wie CRISPR/Cas hilft nicht bei der Bewältigung der Klimakrise. Die Genmanipulation von Pflanzen mit Hilfe der neuen Gentechnik birgt mindestens vergleichbare Risiken für die Umwelt und menschliche Gesundheit, wie die bisherige Gentechnik und gefährdet gentechnikfreies Saatgut und Landwirtschaft, insbesondere den Ökologischen Landbau

Gentechnisch verändertes Saatgut führt zu mehr Abhängigkeiten der Betriebe von Konzernen und zur Ausweitung von Monokulturen in der Landschaft. Die Wahlfreiheit für gentechnikfreie Lebensmittel muss erhalten bleiben. Zulassungsverfahren mit Risikoprüfung und Kennzeichnung aller mit Gentechnik hergestellten Lebens- und Futtermittel müssen sichergestellt werden. Es geht darum, Transparenz und Wahlfreiheit für gentechnikfreie Lebensmittel und Saatgut zu erhalten und die Existenz bäuerlicher Betriebe und Lebensmittelhersteller, die ihre Produkte gentechnikfrei verkaufen, nicht zu gefährden. Vorsorge- und Verursacherprinzip müssen gelten.

Statt der Förderung der Gentechnik müssen die klassische Züchtung, insbesondere die biologische Pflanzenzüchtung und agroökologische Methoden ausgebaut und gefördert werden.

## Ökolandbau und Ernährungswende unterstützen:



Foto: Anette Stefan

Um den raschen Ausbau des Ökolandbaus auf 30 % der Flächen bis 2030 zu erreichen, muss die bayerische Staatsregierung den Nachfragehebel der Gemeinschaftsverpflegung umfassend nutzen. In staatlichen Kantinen und bei staatlichen Veranstaltungen muss mindestens die Hälfte aller Lebensmittel aus ökologischem Landbau kommen. Wo immer möglich sollten diese aus regionalem Anbau und zur anderen Hälfte aus nachhaltiger, zukunftsfähiger Landwirtschaft stammen. In den staatlichen Vergaberichtlinien in Bayern muss dies verbindlich und eindeutig verankert werden.

Das Agrarbündnis fordert Landkreise und Kommunen auf, diesem Beispiel zu folgen. Auch die staatlichen Fördermittel im Bereich des Landwirtschaftsministeriums für die Bereiche Bildung, Forschung und Marketing sollen zur Hälfte für Themen des ökologischen Landbaus eingesetzt werden. Das Agrarbündnis Bayern anerkennt die Leistung Bayerns zum Aufbau und Förderung der Ökomodellregionen und fordert eine Verstetigung der Förderung und den weiteren Ausbau. Darüber hinaus soll das 30 %-Ziel in das Landesentwicklungsprogramm und die Regionalpläne aufgenommen werden. Um den Ökolandbau zu erhalten und auszuweiten, muss die Förderung der Weidetierhaltung verbessert werden.

Die Ernährung in Gemeinschaftsverpflegungen muss gesünder und klimafreundlicher werden und einen höheren Anteil als bisher an pflanzlichen Lebensmitteln beinhalten. Auf lange Sicht ist die „Planetary Health Diät“<sup>1</sup> umzusetzen. Die Lebensmittel Verschwendung muss dringend weiter reduziert werden. Derzeit werden in Deutschland ca. 12 bis 18 Mio. Tonnen/Jahr weggeworfen, das sind fast ein Drittel des aktuellen Nahrungsmittelverbrauchs in Deutschland.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> <https://www.bzfe.de/nachhaltiger-konsum/lagern-kochen-essen-teilen/planetary-health-diet/>

<sup>2</sup> <https://www.welthungerhilfe.de/lebensmittelverschwendung/>



## Artenvielfalt darf nicht Stiefkind der Agrarpolitik bleiben:



Foto: Marion Ruppenner

Artenvielfalt und Biodiversität in Bayern muss erhalten und wieder zurückgewonnen werden.

Der mit dem Volksbegehren „Rettet die Bienen“ vom Landtag beschlossene Biotopverbund im Offenland auf 15 % der Landesfläche muss endlich umgesetzt werden. Landwirte, die dafür dauerhaft Flächen bereitstellen, müssen entsprechend entschädigt werden. Der Biotopverbund muss sichtbar und dauerhaft die Landschaft bereichern.

Biodiversitätsfördernde Wirtschaftsweisen in der Landwirtschaft in Bayern müssen weiter ausgebaut werden. Die Anlage von Hecken und Agroforstsystemen muss weiter vorangebracht werden und Programme z.B. zur Förderung seltener Ackerwildkräuter, artenreicher Wiesen, wiesenbrütender Vogelarten und Feldvögel ausgebaut und geförderte Beratung hierzu ermöglicht werden.



## Klima- und Bodenschutz voranbringen:



Foto: Horst Schwemmer

Klimaanpassungsstrategien in der Landwirtschaft müssen praxisnah gefördert werden.

Eine Bewirtschaftung, die die Humusgehalte und -mengen in den Böden erhöht, ist essenziell, um die Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft abzufedern, Wasser auf der Fläche zu halten, Erosion einzudämmen und die Bodenfruchtbarkeit zu erhöhen.

Humusaufbauende Maßnahmen müssen besser beraten und dauerhaft gefördert werden.

Ein Handel mit Humuszertifikaten, bei denen ein vermeintlicher Humusaufbau aus Modellen prognostiziert oder durch unsichere Messungen berechnet wird und die zur Kompensation von Emissionen in anderen Sektoren verwendet werden, wird abgelehnt.

Die Grünlandbewirtschaftung, bedeutsamer CO<sub>2</sub>-Speicher und Erosionsschutz, muss angemessen honoriert werden, um sie wirtschaftlich attraktiv zu machen. Die extensive Weidehaltung bedarf einer besonderen Förderung, da sie durch verstärktes Wurzelwachstum auf Grund des Weidebisses höhere Humusgehalte bilden kann.

Der Einsatz von Stickstoffdüngern ist zu optimieren und der Einsatz von chemisch-synthetisch hergestelltem Stickstoffdünger zu begrenzen, da Produktion und Ausbringung klimabelastend sind und Stickstoff bei Überdüngung das Grundwasser kontaminiert.

Auf Moorböden muss die klimaschädliche Ackernutzung in Grünland umgewandelt werden. Für die betroffenen Betriebe sind sozial verträgliche und wirtschaftlich nachhaltige Lösungen zu entwickeln.

## Tierhaltung und Fütterung qualifizieren:



Foto: Marion Ruppenner

Für den Umbau zu einer tiergerechten Tierhaltung müssen zusätzliche Landesmittel für Investitionen, Betriebskosten und Löhne bereitgestellt werden. Die Ansiedlung weiterer industrieller Tierhaltungsanlagen muss verhindert werden. Das bayerische Förderprogramm BayProTier ist ein guter Ansatz, der aber dringend auf alle Nutztierarten ausgeweitet werden muss. Bisher umfasst das Programm mit der Zuchtsauenhaltung nur einen sehr kleinen Anteil der Tierhaltung in Bayern.

Die Tierhaltung muss an die Fläche gebunden werden.

Um entwaldungsfreie Lieferketten zu stärken, muss Bayern die eigene Eiweißfuttermittelversorgung voranbringen und die Futtermittelimporte drastisch reduzieren.

Tierische Produkte, die das Regionalsiegel „Qualität aus Bayern“ tragen, dürfen nur mit europäischen Futtermitteln erzeugt werden, um einen Beitrag zur Reduktion von Landkonflikten, Regenwaldrodung und anderen Umweltschäden zu liefern.

Schlachthöfe und Tierkörperbeseitigungsanlagen müssen vermehrt kontrolliert und die vorhandenen Daten den staatlichen Veterinären zur Auswertung zur Verfügung gestellt werden.

Lebendtiertransporte in gelistete Drittländer, auch auf Umwegen, müssen beendet werden. Tiertransporte müssen vermehrt und intensiver kontrolliert werden.



## **Pestizide reduzieren: Konkrete Schritte zur Reduktion von Pestiziden und Monitoring:**



Striegeln statt Pestizideinsatz, Foto: Marion Ruppaner

Die Bayerische Staatsregierung hat sich das Ziel gesetzt, den Pestizideinsatz bis 2028 zu halbieren. Allerdings gibt es bis heute immer noch keine Datengrundlage, die den derzeitigen Pestizideinsatz und eine Bewertung der risikoreichsten Anwendungen vornimmt.

Das Reduktionsziel muss für die eingesetzte Wirkstoffmenge in Abhängigkeit der Schädlichkeit der Wirkstoffe festgelegt werden. Anzustreben sind möglichst große zusammenhängende pestizidfreie Flächen. Um die Abdrift von Pflanzenschutzmitteln zu vermeiden, ist auf die Einhaltung des Pflanzenschutzmittelgesetzes zu achten.

### **Exportverbot für gefährliche Pestizide erlassen und Menschen und Umwelt weltweit schützen:**

Die Staatsregierung muss sich auf Bundes- und Landesebene für ein Exportverbot für Pestizide und Pestizidwirkstoffe einsetzen, die aufgrund ihrer gesundheits- oder umweltschädlichen Wirkung in der EU nicht genehmigt sind.



## Globale Perspektive beachten:



Foto: Heide Frobel

Bis zum Jahr 2030 soll kein Mensch mehr unter Hunger leiden müssen – das ist das zweite der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung, denen sich auch die bayrische Staatsregierung in der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie verpflichtet hat.

Unser aller Lebensqualität hängt maßgeblich davon ab, eine gute Lebensgrundlage für alle zu schaffen, das Recht auf Nahrung durch eine gesunde, nachhaltige Ernährung bei uns wie auch im Globalen Süden zu gewährleisten und endlich die dringliche Aufgabe zu erfüllen, den Klimawandel zu stoppen.

Dazu sollen die Forderungen unseres Bündnisses einen wichtigen Beitrag leisten.

## Flächenfraß in Bayern stoppen:



Foto: Bettina Helmholz

Die bayerische Staatsregierung muss den Zielwert für den Flächenverbrauch von fünf Hektar pro Tag im Landesentwicklungsprogramm festschreiben und als Ziel bis 2025 festlegen, damit in Bayern kein weiterer Verbrauch neuer Flächen ohne Renaturierung überbauter Fläche im gleichen Landschaftsraum stattfindet.

Wichtig sind ein Verbot für Gewerbeflächen, z.B. Einzelhandelsansiedlungen auf der „Grünen Wiese“ und von Straßenneubauten, bis auf wenige begründete Ausnahmefälle.

Um den Wettbewerb von Kommunen für die Ansiedlung von Gewerbebetrieben zu entschärfen, soll die Verteilung des Gewerbesteueraufkommens so vorgenommen werden, dass auch Kommunen ohne Sitz von Gewerbeunternehmen partizipieren können.



## Energiewende natur- und umweltgerecht umsetzen:



Foto: Richard Mergner

Krisenfeste Landwirtschaft kann nur durch resiliente Energiesysteme entstehen. Deshalb sprechen wir uns für die Beschleunigung der Energiewende in Bayern aus. Wir fordern einen Energiemix, der besonders die Potentiale der Sonnen- und Windenergie nutzt und die politischen Rahmenbedingungen, die den raschen Ausbau vorantreiben.

Der Ausbau von Photovoltaik (PV) muss schwerpunktmäßig auf Gebäuden und versiegelten Flächen vorangebracht werden. Dafür ist eine Verpflichtung zur Nutzung von PV auf allen Neubauten und bei Dachsanierungen einzuführen. Entsprechende Anreize für Mieterstrom müssen geschaffen werden.

Neue Freiflächen-PV-Anlagen sollten mit einer landwirtschaftlichen Nutzung (Agri-PV) verbunden werden. Naturschutz- und Landschaftsschutzgesichtspunkte sind bei allen Freiland-PV-Anlagen zu berücksichtigen. Planungen für PV-Freiflächenanlagen sind im regionalen Maßstab durchzuführen und die beteiligten Gemeinden an den Stromerlösen entsprechend zu beteiligen. Bürgerenergiegesellschaften oder genossenschaftliche Anlagen sind vorrangig zu berücksichtigen. Die landwirtschaftlich hochproduktivsten Ackerböden des Planungsgebiets dürfen nicht für PV-Freiflächenanlagen verwendet werden. Die Planung muss mit Fachplanungen des Naturschutzes, insbesondere für den Biotopverbund und die Renaturierung von Lebensräumen, sowie mit agrarstrukturellen Belangen abgestimmt sein. Entsprechende rechtliche Voraussetzungen sind durch die Staatsregierung zu schaffen.

Der naturverträgliche Ausbau von Windenergie an Land ist voranzutreiben.

Biogasanlagen sind auf die Verwertung von Reststoffen und flexible Einspeisung auszurichten.

## **Die unterzeichnenden Verbände:**

- Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.
- Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V.
- BUND Naturschutz in Bayern e.V.
- Deutscher Berufs und Erwerbs Imker Bund e.V.
- Deutscher Tierschutzbund, Landesverband Bayern
- Imkernetzwerk Bayern
- Stiftung Mensch und Tier, Neubiberg
- Greenpeace München
- LBV Landesbund für Vogel- und Naturschutz in Bayern e.V.
- Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern e.V.
- Misereor Bayern
- NaturFreunde Landesverband Bayern e.V.
- PROVIEH e.V.
- Slowfood, Convivium Fünfseenland und München
- Tagwerk Förderverein e.V.
- Verband Bayerischer Bienenzüchter e.V.
- Verein zum Schutz der Bergwelt e.V.

## **Impressum**

**Herausgeber:**  
**Agrarbündnis Bayern**

**Vertreten durch**  
Bund Naturschutz in Bayern e.V., Agrarreferat  
Landesfachgeschäftsstelle  
Bauernfeindstr. 23  
90471 Nürnberg

April 2023